

Sitzung des Stadtrates am 15. Dezember 2017

Haushaltsrede
SPD-Fraktion

Gerhard Lehmkuhler

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Beigeordnete, sehr geehrter Herr Beigeordneter, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

am 2. November 2017 haben Sie, Herr Oberbürgermeister, den letzten Haushalt Ihrer Amtszeit im Stadtrat eingebracht. Erlauben Sie mir deshalb, dass ich zunächst auf die Diskussionen der letzten Zeit Ihre Person betreffend eingehe. Viele große und insbesondere kleine Geister haben sich bemüßigt gefühlt, Sie öffentlich an den Pranger zu stellen. Unbeschadet dessen, dass insbesondere in der Kommunikation der vergangenen Jahre einiges hätte besser laufen können, um es vorsichtig auszudrücken, können wir, als SPD Ratsfraktion auch nach juristischen Beratungen keine Rechtsverstöße erkennen. Deshalb halte ich auch als Atheist denjenigen die meinen, sich moralisch über Sie erheben zu müssen, das Bibelzitat aus Johannes 6,7 „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein ..“ entgegen.

Diese auch für Sie und Ihre Familie belastenden Diskussionen schmälern in keiner Weise die großen Leistungen, die Sie in Ihrer Amtszeit bisher für unsere Stadt erbracht haben. Immer dann, wenn in den letzten siebeneinhalb Jahren große, anscheinend unüberwindbare Schwierigkeiten durch die Stadtverwaltung zu bewältigen waren, zögerten Sie keinen Moment und machten diese Aufgaben zu Ihrer persönlichen Chefsache. Erinnerung sei an die erfolgreiche Rekommunalisierung der KEVAG, die Sie mit großem Sachverstand souverän gesteuert haben. In vielen anderen Bereichen in der BRD ist dies, was ich persönlich mir schon 1991 bei den Verhandlungen um einen neuen Vertrag mit der RWE gewünscht hätte, eben nicht gelungen. Als eine der Folgen dieses positiven Prozesses hatte die Stadt Koblenz in den letzten Jahren keine finanziellen Einbußen, wie es andere Städte, Gemeinden und Kreise im Umland hatten.

Als weiteres Beispiel könnte die Schaffung des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein genannt werden, wo es dank Ihrer beharrlichen und sachkundigen Führung gelungen ist, erstmals in Deutschland kommunale mit kirchlichen Krankenhausträger unter Wahrung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der kommunalen Seite in einem neuen Verbund zusammenzuführen

Auch Ihre Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung, die letztlich in Verbindung mit der Haushaltsstrukturkommission einschließlich der Eckwerte, haben einen anderen Geist und geändertes Handlungsbewusstsein in diesen Rat gebracht.

Ich will es bei diesen Beispielen Ihres positiven Wirkens, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, für unsere schöne Heimatstadt belassen. Auch wir als SPD Ratsfraktion hatten in den letzten siebeneinhalb Jahren durchaus auch in Sachfragen große Meinungsverschiedenheiten. Dennoch zolle ich Ihnen persönlich und im Namen der SPD-Ratsfraktion großen Dank und Anerkennung für Ihre geleistete Arbeit.

Dass sich die SPD-Ratsfraktion dem Antrag aller übrigen Fraktionen zum Thema „Rückerstattung von ca. 700.000 € errechneter Kosten“ an Pensionslasten nicht angeschlossen hat und sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird, hat mit einer Reihe von Detailfragen des gesamten Antrages und seiner Begründung zu tun. Der grundsätzlichen Intention des Antrages können wir uns anschließen, allerdings sehen wir uns außerstande, eine Reihe von Formulierungen und Zwischentöne mitzutragen.

In der letzten Woche waren in der RZ die Aussagen eines Koblenzer Politprofis, der seine überragende persönliche politische Professionalität 2016 bei den Landtagswahlen eindrucksvoll unter Beweis stellte, zu lesen. Danach habe nicht der Bessere bei der OB-Wahl gewonnen, was man mit einem verengten politischen Blick so sehen mag. Der Unterlegene bekundete eine durchaus realistischere Sichtweise. Den designierten OB aber nach wie vor als Lügner zu bezeichnen, zeigt nicht nur in welchem kleinem politischen Gärtchen erbärmlich geholt wird, sondern dies weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Dieses ist auch ein Beitrag

zur Verrohung der politischen Sitten, die dann zu Schlimmeren führt, was wir unlängst wieder erfahren haben.

Das Klima der mehrtägigen Haushaltsberatungen war geprägt von gegenseitigem Respekt und verantwortungsvoller sachorientierter Arbeit zum Wohle unserer Stadt und deren Bürgerinnen und Bürgern, wofür wir uns ausdrücklich bedanken möchten.

Herr Oberbürgermeister, der von Ihnen eingebrachte Haushaltsentwurf wies zunächst ein positives Ergebnis von 5,7 Mio auf, das zwischenzeitlich um 7,7 Mio auf 13,4 Mio verbessert werden konnte. Neben den kommunalen Anteilen an der Lohn- und Einkommensteuer ist die Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommune. Aber gerade dies stellt nach meiner Auffassung ein nicht unerhebliches Problem dar, weil dadurch ein teils ruinöser Wettbewerb der Kommunen untereinander entsteht, der zulasten der Kommunen und der Umwelt geht. Als Leuchtturmbeispiel wurde ja auch von einem in allen Bereichen absolut sachkundigen Bewerber um das Amt des OB's in der Stadt Koblenz die rund 43.000 Einwohner zählende Stadt Monheim am Niederrhein erwähnt, die den Hebesatz auf derzeit 260 Punkte gesenkt hat und für das Jahr 2018 mit einem Haushaltsplus von 25 Mio rechnet. Dies ist nichts anderes als eine egoistische Steueroase, die unter dem Strich für alle umgebenden Städte und Gemeinden nur negative Folgen hat, weil das Gesamtsteueraufkommen nicht gestiegen, weil Industrie- und Gewerbebrachen entstanden und neue Flächen versiegelt wurden, ohne alte zu entsiegeln. Deshalb müsste auch in dieser Frage Tradition neu gedacht werden, wie es der zukünftige Oberbürgermeister formuliert hat. Aus vielen Gründen halte ich es für notwendig, dass die derzeitige Struktur der Gewerbesteuer verändert wird. Zwar muss es für die Kommunen auch zukünftig Anreize geben, um Industrie und Gewerbe zu behalten oder neu anzusiedeln, aber es müsste eine Art Steuerung zumindest auf Ebene der Bundesländer erfolgen, damit neben betriebswirtschaftlichen Interessen, volkswirtschaftliche und ökologische Aspekte eine stärkere Berücksichtigung finden könnten. Während in Ballungsgebieten betriebliche Ansiedlungsflächen häufig knapp sind und oft an mangelnden oder nicht vorhandenen Ausgleichsflächen scheitern, finden Kommunen im ländlichen Raum trotz massiver Anstrengungen so gut wie keine ansiedlungswilligen Betriebe.

Hier sollte über eine Art überregionalen Ausgleichsfond nachgedacht werden. Um Ressourcen in allen Bereichen zu schonen, sollten Anstrengungen unternommen werden Arbeit und Wohnen wieder zu "versöhnen" (die im Verfahren befindlichen Änderungen des Bundesbaugesetzes eröffnen auch hier neue Möglichkeiten). Das heißt, dass Wohn- und Arbeitsstätten nicht zwangsläufig getrennt sein müssen.

Das Stichwort Wohnstätten gibt mir die Gelegenheit, die immer wieder angesprochene Problematik des Mangels an bezahlbarem Wohnraum in Ballungsgebieten und auch in Koblenz anzusprechen. Dies ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das skandalöse Ergebnis einer verfehlten Politik der letzten Jahrzehnte. Es wurden nicht nur die öffentlichen Förderprogramme eingestellt, sondern es wurden in der gesamten Bundesrepublik öffentliche Wohnungen im Rahmen des „Neoliberalismus“ vom Bund, den Ländern und Kommunen zu Zehntausenden teils an „Heuschrecken“ verkauft. Wohnen ist ein Menschenrecht. Deshalb müssen wir auch in unserer Stadt alles tun, damit schnellstens bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Dazu gehört dann auch, dass die Verwaltung rechtliche Vorschriften kreativ interpretiert und mögliche oder tatsächliche Hindernisse nicht aufbaut, sondern aus dem Weg räumt.

Bei den Haushaltsberatungen habe ich darauf hingewiesen, dass die Privatwirtschaft juristische Abteilungen hat, deren Aufgaben darin bestehen, Lücken und Gestaltungsmöglichkeiten in den Gesetzen und Verordnungen zu finden. Nicht selten habe ich den Eindruck, dass dies bei uns umgekehrt ist.

Unbedingt notwendig ist in diesem Zusammenhang die Erhöhung der Mietstufe auf 5 für die Stadt Koblenz als Faktor zur Wohngeldberechnung. Die derzeitige Eingruppierung von Koblenz ist nicht sachgerecht und ich hoffe, dass es dem zukünftigen OB gelingt, dies schnellstens im Interesse der Stadt zu korrigieren.

In diesem Zusammenhang ist der Bereich der sozialen Sicherung zu nennen. Dieser umfasst mit 150,4 Mio € und damit 36% des gesamten Haushaltsvolumens den weitaus größten Bereich des gesamten Haushalts. Bei allem Respekt vor der Arbeit und den Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem Bereich tätig sind und vielfach unter der Auswirkung gesellschaftlicher Probleme zu leiden haben, erlaube ich mir den Hinweis, dass auch bei den sogen. gesetzlich gebundenen Leistungen noch Einsparpotentiale in nicht unbeträchtlicher Größenordnung zu heben wären, wie Vergleiche mit anderen Kommunen deutlich machen. Nicht zuletzt bei der Teilhabepflicht bei der Eingliederungshilfe für Behinderte (Nov. 2015) konnten, angeregt durch die HSK – nennenswerte Einsparungen ohne Leistungskürzungen erzielt werden.

Wenn ich schon beim Vergleich mit anderen Städten von Rheinland Pfalz bin, möchte ich eine kritische Anmerkung zum Verhalten der Stadt Koblenz anbringen. Es ist oft wohlfeil, wenn von einer Mehrheit in diesem Rat immer wieder die Landesregierung an den Pranger gestellt und teils heftig kritisiert wird. Wer mich kennt weiß, dass ich – im Gegensatz zu manch anderen – keine politischen Scheuklappen habe und auch vor Kritik an der Landesregierung nicht zurückschreke, wenn sie berechtigt ist. Tatsache ist jedoch, dass in den letzten beiden Jahren (2016/2017) nur aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums 54.367.209,00 € an Fördermitteln der Stadt zugutekamen. Im Rahmen der speziellen Förderung von Oberzentren wurden diesen für 4 Jahre je 4 Mio. also insgesamt 16 Mio. zur pro Stadt zur Verfügung gestellt. Während die anderen die ihnen zustehenden Mittel ausgeschöpft haben, hat die Stadt Koblenz bis zum Jahresende 4,5 Mio. noch nicht in Anspruch genommen. Es ist also wenig hilfreich, ständig mit Fingern auf andere zu zeigen. Wie wir immer wieder erfahren, treten solche Mängel auch bei Fördermitteln von Bundes – und Eu-Förderungen auf. Deshalb möchten wir nachhaltig unsere Forderung erheben, endlich effektive Strukturen innerhalb der Verwaltung zu etablieren, damit zeitnah, fundiert und sachkompetent Förderprogramme ausgespäht und innerhalb der Verwaltung überprüft und bewertet werden. Wir sind uns darüber im Klaren, dass dieses Geschäft nicht einfach ist und ein hohes Maß an kreativem Sachverstand erfordert. Aber wer es nicht effektiv versucht und immer erklärt, warum, wie, was nicht geht, hat schon im Wettbewerb mit anderen Städten verloren.

In die Schulen unserer Stadt sollen 2018 9,5 Mio. investiert werden. Damit schaffen wir als Schulträger die äußeren Rahmenbedingungen für positive Bildungsarbeit. Auch wenn wir als Kommune keinen direkten Einfluss auf die bildungspolitischen Inhalte haben, kann es keinen unberührt lassen, wenn wir in den letzten Tagen erfahren mussten, dass die Lesekompetenz unserer Grundschul Kinder zu wünschen lässt, um es vorsichtig auszudrücken. Zwar wird immer wieder die Dualität von Fördern und Fordern postuliert, aber oft kann man zu dem Eindruck kommen, dass ideologisiert das Fördern als Priorität gesehen wird. Diese Kritik richte ich ausdrücklich auch an meine eigene Partei. So wie jeder Mensch in seinem Äußeren unterschiedlich ist, so ist er auch unterschiedlich in seinen intellektuellen Fähigkeiten und deshalb muss zur Kenntnis genommen werden, dass noch so intensives Fördern, worauf grundsätzlich jeder in unserer Gesellschaft ein Recht hat, auch an Grenzen stößt. Um auch zukünftig in einer globalisierten Welt bestehen zu können, ist es unbedingt notwendig die Förderung im vorschulischen Bereich zu verstärken und den Hochbegabten noch mehr Beachtung zu schenken.

Die SPD Fraktion wird die geplante Streichung von 29 städtischen Reinigungskräften so ohne weiteres nicht mittragen. Rein betriebswirtschaftliches Denken reicht für die öffentliche Hand nicht aus, weil der volkswirtschaftliche Aspekt vernachlässigt wird. Die Kompensationen der negativen Begleiterscheinungen rein betriebswirtschaftlicher Betrachtungsweise fallen dann wieder der Kommune anheim und die vermeintlichen Einsparungen werden durch die dann notwendigen kommunalen Transferleitungen um ein Vielfaches höher liegen.

Ein wesentlich schwerwiegenderer Bereich ist der Klimawandel, der insbesondere von Populisten (AfD S.65) geleugnet wird.

Zwar hat sich durch Waldumbau und andere Maßnahmen unser Wald in den letzten Jahren scheinbar erholt, aber dennoch macht der Klimawandel vor diesem für uns lebenswichtigen Ökosystem nicht halt. Weil wir ein großer kommunaler Waldbesitzer sind, ist die mit dem Wild zusammenhängende Problematik immer wieder ein Thema. Um die nicht zuletzt durch den Klimawandel hervorgerufene Vermehrung des Schwarzwildes, die sich bis in die Wohnbereiche hinein negativ auswirkt, in den Griff zu bekommen, hat die Verwaltung Gelder zur Entbuschung in den Haushalt eingestellt. Als nachhaltiger schlagen wir eine Ziegenbeweidung, wie sie im Mittelrheintal auf Brachflächen durchgeführt wird.

Dies wäre umweltschonend und nachhaltig und gleichzeitig würde die notwendige Elektroezäunung die Schwarzkittel abhalten können.

Wir alle – und da schließe ich mich ausdrücklich mit ein – leisten tagtäglich unzählige Beispiele, die den Klimawandel weiter beschleunigen; unser aller ökologischer Fußabdruck ist mehr oder weniger negativ. Würden wir die ökologisch negativen Folgen unseres täglichen Handelns unmittelbar wahrnehmen und im wahrsten Sinne spüren, dann könnte – außer bei notorischen Ignoranten im populistischen Lager - die Kausalität nicht mehr ignoriert werden. Mir ist sehr bewusst, dass viele notwendige Änderungen nur im nationalen Rahmen bzw. auf internationaler Ebene umgesetzt werden können. Dennoch darf uns dies nicht darin hindern sinnvolle Möglichkeiten auf kommunaler Ebene anzugehen, wenn wir davon überzeugt sind. Auch sollte dabei unser Blick nicht durch den Hinweis auf „freiwillige Leistungen“ verengt werden, denn weder Bienen- und Insektensterben, noch die Verunreinigung unserer Böden, der Luft und der Gewässer, noch die zunehmenden gravierenden Wetterereignisse orientieren sich an borniertem bürokratischen rückwärts gerichtetem Denken.

Deshalb empfand ich es als ermutigend, dass wir uns in den Haushaltsberatungen ausgiebig, mit dem Phänomen des Insektensterbens und seinen Ursachen beschäftigt haben. 60 % der Arten und fast 70% der Biomasse von Insekten sollen schon verschwunden sein. Dabei sollten wir nicht, wie häufig, als die Partei der Besserwisser maßregelnd, belehrend auftreten, sondern wir sollten unseren Bürgerinnen und Bürgern vorbildliche und überzeugende Antworten geben. Tradition neu denken, bedeutet für uns, dass der Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen noch stärker als bisher im Straßenbegleitgrün, auf kommunalen Grünflächen und im sogen. Freiraum blütenreiche Wildwiesen anlegt. Dazu gehört auch, dass das Konzept der Stadtbienen – auch in diesem Bereich leistet unsere Waldökostation Vorbildliches – intensiviert wird.

Auch sollten wir der Umwandlung von Gärten und Vorgärten in leblose Steinwüsten Alternativangebote entgegenstellen. Deshalb schlagen wir vor, dass der Koblenzer Servicebetrieb auch z.B. in Zusammenarbeit mit „CarMen“ Pflegeangebote für ökologisch wertvolle Gartenflächen macht und dass Baugenehmigungen entsprechende Informationen beigefügt werden.

Noch besser wäre es jedoch, wenn man zukünftig entsprechende Regelungen in Bebauungspläne aufnehmen würde, weil dies allemal besser ist als Einzäunungen bis hin zu Jägerzäunen vorzuschreiben.

Wir würden uns freuen, wenn es uns bei dem Projekt Fritsch-Kaserne gelänge, neben einer 20%-Quote für „Sozialen Wohnungsbau“ auch die Aspekte Artenschutz, Einsatz regenerativer Energien und maximal reduzierter CO₂-Ausstoß bei dem durch das Baugebiet ausgelösten zusätzlichen Verkehr zu erreichen. Entgegen aller wohlfeiler Sonntagsreden wird das Ziel einer CO₂ Reduzierung bis 2020 um 40% nicht erreicht werden. Als das einwohnerstärkste Land in der EU liegen wir weltweit an 19. Stelle. Beim pro Kopf Ausstoß nehmen wir einen unrühmlichen 5. Platz ein. Allein im letzten Jahrhundert ist der klimaschädliche Ausstoß von CO₂ um mehr als 40% gestiegen.

Nur im Verkehrssektor ist im ersten Halbjahr 2017 eine Steigerung von ca. 4,6 Mio Tonnen zu verzeichnen gewesen. Es muss endlich mehr Verkehr auf die Schiene verlagert werden und da sind wir auch im kommunalen Bereich gefordert. Hinzu kommen die bei Verbrennungsprozessen entstehenden NO₂ Belastungen, die insbesondere in Ballungsräumen enorme gesundheitliche Schädigungen verursachen.

Deshalb war es nur folgerichtig, dass am 11.Juni 2010 die Luftqualitätsrichtlinie der EU in Kraft getreten ist. Trotz entsprechender Verpflichtungen wurde von uns nichts Nachhaltiges umgesetzt. Erst durch den sogen. Dieselskandal ist teils hektische Bewegung in dieser Frage aufgetreten und es hat ein Überbietungswettbewerb in vermeintlichen und tatsächlichen Lösungen eingesetzt.

Auch hier gilt es Tradition neu zu denken. Während auch wir in Koblenz beginnend in den 60iger Jahren unsere Stadt autogerecht primär am Individualverkehr orientiert umgebaut haben und der Geist dieser Zeit noch heute allenthalben in der Kommunalpolitik und bei vielen Fachämtern immer wieder spürbar ist, müssen wir **alle** und ich betone **alle** endlich umdenken und die Voraussetzungen in unserer Stadt für ein geändertes Mobilitäts- und auch Konsumverhalten schaffen. Dabei gilt es alle Antriebsformen ohne ideologische Scheuklappen zu betrachten und nicht ausschließlich der grassierenden Elektro-Hysterie zu verfallen. Brennstoffzellen, Gasantriebe und auch moderne Verbrennungsmotoren dürfen nicht zuletzt bei einer Gesamt-Ökobilanz außer Acht gelassen werden. Es muss nicht alles neu erfunden werden, weil Vieles auch im Mobilitätsbereich schon vorhanden war und in einem gewissen Modernisierungswahn verschrottet wurde. So gab es bis in die 50iger Jahre des vorigen Jahrhunderts Paketfahrzeuge der Post mit Akkuantrieb und die preußischen Staatsbahnen setzten ab 1907 Akkutriebwagen ein.

Was im politischen und damit auch im kommunalpolitischen Raum unredlich ist, einerseits nach dem Ausbau der Elektromobilität lautstark zu rufen und andererseits entstehende Bürgerproteste im Rahmen jeglichen Ausbaues der notwendigen Transport- und Infrastruktur scheinbar medienwirksam zu unterstützen.

Für uns geht es nicht nur darum, vordergründig alles zu tun, um drohende Fahrverbote zu verhindern, sondern nachhaltige zukunftsorientierte Veränderungen einzuleiten. Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion einen an Mobilitätsströmen orientierten Radwegbau; reine Markierungen sind keine zukunftsorientierten Maßnahmen. Projekte wie in der Südallee, die über ein Jahrzehnt dauern, müssen anders angegangen und schneller umgesetzt werden. Damit Radwege im großen Stil als Alternative zum Autoverkehr angenommen werden, müssen sie sicher sein. Wir **alle** sind gefordert den politischen Willen aufzubringen als Sofortmaßnahmen Flächen des Autoverkehrs zugunsten von Radwegen zu reduzieren. Ferner fordert die SPD-Fraktion, dass aus dem Titel „Unterhaltung von Gemeindestraßen“ falls notwendig bis zu 10% zur Sanierung von Radwegen nach Freigabe in den entsprechenden Ausschüssen zu verwenden.

Als weitere Sofortmaßnahme wünschen wir uns die Ausweitung des kostenfreien Parkens von E-Autos wie in Mainz und die umgehende Anpassung der Ampelschaltungen auf Hauptverkehrsachsen wie dem Friedrich-Ebert-Ring, weil der derzeitige Stop-and-Go-Verkehr eine zusätzliche unnötige Umweltbelastung darstellt.

Eine verstärkte Nutzung des ÖPNV's in Koblenz setzt neben alternativen Antriebstechniken der Fahrzeuge günstige Tarife – eine immer wieder gestellte Hauptforderung bei Bürgerbefragungen - , bessere Vernetzung und ein dynamisches Fahrgastinformationssystem voraus, um nur einige Beispiele zu nennen.

Tradition neu denken, bedeutet für mich auch über das bis 1967 bestehende System der Straßenbahn nachzudenken. Die Stadtbahn Karlsruhe hat, beginnend in den 80iger Jahren des vorigen Jahrhunderts, zukunftsweisend vorgemacht, wie ein Zweiersystem als Stadtbahnsystem zwischen Eisen- und Straßenbahn funktionieren kann. In Gesprächen sagten mir Vertreter von anderen Stadtwerken, wenn auch kleinere Großstädte wie Koblenz bereit waren, mehrstellige Mio.-Beträge für großzügigen Straßenbau auszugeben, sollten sie auch über das ökologisch sinnvolle und leistungsfähige System Straßenbahn neu nachdenken. Große Hoffnungen setzen wir in die unter Punkt 29 der heutigen Tagesordnung aufgeführten Maßnahmen der Verwaltung als Folge des sogenannten Dieselgipfels in Berlin.

Wir sind die Ersten, die den von Menschen verursachten Klimawandel mit all seinen negativen Folgen schon erleben und die Letzten, die ihn noch mildern oder günstigstenfalls stoppen können.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit